

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke und der SPD

Integrierte Drogenhilfestrategie in den Quartieren umsetzen

Bremen steht immer noch vor erheblichen Herausforderungen im Umgang mit dem Thema Drogenkonsum. Die weiterhin steigende Prävalenz von Crack und auch punktuell synthetischen Opioiden verdeutlicht die Dringlichkeit der Situation. Die Zunahme der drogenbedingten Todesfälle in Bremen im Jahr 2024 unterstreicht auf dramatische Weise die Notwendigkeit effektiver Interventionsstrategien. Die im Dezember 2023 verabschiedete integrierte Drogenhilfestrategie des Senats ist ein wichtiger Schritt zur Bewältigung dieser Herausforderungen.

Die Strategie sieht den aktuell laufenden Aufbau einer zentralen integrierten Drogenhilfeeinrichtung in der Friedrich-Rauers-Straße vor, die ab dem ersten Quartal 2026 voll funktionsfähig sein soll. Bereits die Übergangslösung eines Drogenkonsumraums in Containern wurde gut angenommen und zeigt den Bedarf an solchen Angeboten. Doch die integrierte Drogenhilfestrategie erkennt auch die Notwendigkeit dezentraler Angebote in den Stadtteilen an, um die komplexe Drogenproblematik wirksam zu bekämpfen.

Die Bremer Drogenszene hat sich längst von ihrem ursprünglichen Schwerpunkt am Hauptbahnhof in die Stadtteile ausgeweitet. Besonders betroffen sind hier die Neustadt, Gröpelingen und Vegesack. Hier haben die zuständigen Ressorts im Einvernehmen mit den Beiräten mit der Einrichtung von „Akzeptierten Orten“, auch „Szene-Treffs“ genannt, reagiert, die von Sozialarbeiter*innen und Ordnungskräften betreut werden. Diese Treffs bieten Aufenthaltsmöglichkeiten, einen wichtigen Anlaufpunkt, fungieren als Brücke zu Hilfsangeboten und in die Suchtberatung, zu medizinischer Betreuung oder in Entzugsprogramme und entlasten durch die Bündelung der Szene den öffentlichen Raum an anderen Stellen. Gleichwohl können sie die Probleme aus Sicht der betroffenen Stadtteile nicht vollständig lösen. Anwohner*innen und Geschäftsleute klagen trotz einiger Verbesserungen wie z.B. der Verlegung des Szene-Treffs in der Neustadt über offenen Drogenkonsum, ein gesunkenes subjektives Sicherheitsgefühl und Beeinträchtigungen der Lebensqualität. Auch für die Konsument*innen selbst sind die Akzeptierten Orte keine ausreichende Versorgung – es braucht daneben auch niedrigschwellige Hilfs- und Versorgungsangebote direkt vor Ort.

Die Beiräte der Neustadt und Gröpelingen haben einstimmig Haushaltsanträge verabschiedet, in denen sie die Fortschreibung der Mittel aus 2024/2025 für die Drogenhilfestrategie im Haushalt 2026/2027 fordern. Diese Mittel sind essenziell, um die dringend benötigten Sozialarbeiter*innen für die „Akzeptierten Orte“ weiterhin zu finanzieren und die bestehenden Angebote in den Stadtteilen aufrechtzuerhalten.

Zusätzlich fordern die Beiräte die konsequente Umsetzung der integrierten Drogenhilfestrategie durch die Einrichtung dezentraler Drogenhilfeeinrichtungen in ihren Stadtteilen. Die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten ist bereits angelaufen. Dezentrale Einrichtungen würden den Betroffenen einen niedrigschwelligen Zugang zu Beratung und schadensmindernden Maßnahmen ermöglichen. Dies würde nicht nur die Erreichbarkeit und somit Ansprechbarkeit für die suchtkranken Menschen verbessern und eine frühere Intervention

ermöglichen, sondern auch die Erscheinungen des öffentlichen Drogenkonsums in den Stadtteilen stark reduzieren. Die Ausgestaltung der jeweiligen Einrichtungen muss hierbei orientiert an den lokal unterschiedlichen Gegebenheiten und erforderlichen Bedarfen erfolgen.

Die Beiräte fordern die Bereitstellung der im Eckpunktepapier der integrierten Drogenhilfestrategie vorgesehenen finanziellen Mittel, um die notwendigen Maßnahmen umzusetzen. Dies umfasst sowohl die fortlaufende Finanzierung bestehender Angebote als auch die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen für den ressortübergreifenden Aufbau neuer Hilfsmaßnahmen und die Schaffung dezentraler Einrichtungen. Die erforderlichen investiven Finanzmittel für die dezentralen Einrichtungen müssen im Rahmen der Stadtteilprozesse ermittelt und unverzüglich bereitgestellt werden.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft begrüßt, dass die Beiräte in Neustadt, Gröpelingen und Vegesack bereit sind, Verantwortung für die Einrichtung dezentraler Drogenhilfeeinrichtungen in ihren Stadtteilen zu übernehmen. Ihr proaktives Handeln und ihre Bereitschaft, sich den Herausforderungen vor Ort zu stellen, sind von großem Wert und bedürfen der gesamtstädtischen Unterstützung.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die bereits umgesetzten Maßnahmen der integrierten Drogenhilfestrategie auf ihre Effekte hin zu überprüfen und, soweit sie sich bewährt haben, fortzusetzen, weiterzuentwickeln und, wo es möglich ist, zu verstetigen.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die nächsten Schritte der integrierten Drogenhilfestrategie auch in den dezentralen Quartieren umzusetzen und hierbei
 - a) einen besonderen Fokus auf die Stadtteile Neustadt, Gröpelingen und Vegesack zu legen sowie
 - b) die Einrichtung dezentraler Drogenhilfeeinrichtungen in den Stadtteilen mit Hochdruck voranzutreiben, um die drogensuchterkrankten Menschen angemessen zu versorgen, in die angebotenen Hilfseinrichtungen zu leiten und den öffentlichen Konsum spürbar zu reduzieren.
4. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, der städtischen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz, der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration sowie der städtischen Deputation für Inneres drei Monate nach Beschlussfassung und dann folgend halbjährlich über die Umsetzung zu berichten.

Ralph Saxe, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Olaf Zimmer, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

Ute Reimers-Bruns, Katharina Kähler, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

